

**Donald Trump als „neuer Nixon“?
„Imperial Presidency reloaded“?**

von L.-Maximilian Rathke, M.A.

Vortrag am Montag, dem 27. November 2017

von 18.30 bis 20.00 Uhr

im Raum PK 4.111

"(...)Therefore, I shall resign the presidency effective at noon tomorrow. (...)I have done my very best in all the days since to be true to that pledge. As a result of these efforts, I am confident that the world is a safer place today, not only for the people of America, but for the people of all nations, and that all of our children have a better chance than before of living in peace rather than dying in war. (...)"

Mit diesem Zitat aus der Rücktrittsrede des 37. US-Präsidenten Richard M. Nixon, die dieser am 8. August 1974 aus dem Oval Office im Weißen Haus an seine Landsleute via Fernsehen richtete, möchte ich in das heutige Thema einsteigen.

Mit dem Rücktritt endete eine gut eineinhalb-jährige Krise des politischen Systems der Vereinigten Staaten von Amerika. Auf den ersten Blick begann alles mit einem harmlos erscheinenden Einbruch in den Hotelkomplex Watergate in Washington, D.C., in dem sich das Wahlkampfhauptquartier der Demokraten für die Präsidentschaftswahl 1972 befand. Aber dieser Einbruch,

ausgeführt durch die „Plumbers“ (Klempner), war nur die Spitze des Eisbergs in einer Affäre, die viel tiefgreifender war.

Für den namhaften New Yorker Rechtsanwalt und ehemaligen Berater von John F. Kennedy von 1961 bis 1963, **Theodore C. Sorensen**, war diese Affäre eine Verfassungskrise, die durch „*den Versuch einer getarnten Änderung unserer Regierungsform*“¹ ausgebrochen ist. Diese Charakterisierung dürfte allerdings m.E. etwas zu weitgehen. Außerdem impliziert sie, daß es erst unter dem 37. US-Präsidenten Richard Nixon zu einer Entwicklung kam, die mit einem Ereignis wie dem Rücktritt des Präsidenten zu enden hatte, um dem im Sommer 1974 angestrebten Amtsenthebungsverfahren, dem sog. „*impeachment*“, zu entgehen.

Der Politikwissenschaftler, Präsidentschaftshistoriker und ebenfalls ehemalige Berater John F. Kennedys, **Arthur M. Schlesinger Jr.**, sollte noch auf dem Höhepunkt der Krise um Nixon und seine Administration – im Jahr 1973 – sein Werk zur Entwicklung der US-Präsidentschaft mit einem Schwerpunkt auf der Entwicklung seit den Tagen **Franklin Delano Roosevelt** unter dem Titel vorlegen, der im Untertitel

¹ vgl. Theodore C. Sorensen; Watergate und die amerikanische Außenpolitik, in: Europa Archiv 29, II 1974, S. 749

zum heutigen Vortrag zu finden ist: „*The Imperial Presidency*“. In vier Schwerpunktkapiteln widmete sich Schlesinger dieser Entwicklung:

1. *The Presidency Resurgent: The Second World War*

2. *The Presidency Ascendant: Korea*

3. *The Presidency Rampant: Vietnam*

4. *The Revolutionary Presidency: Washington*

Die Fragestellung, die ich aus diesem Titel für den heutigen Vortrag gemacht habe: „*imperial presidency reloaded*“, also die Wiederbelebung einer imperialen Präsidentschaft, einer Präsidentschaft, die über das Maß hinausgeht, das ihr die Verfassungsväter um **Alexander Hamilton, John Jay** und **James Madison** zgedacht haben, bezieht sich auf die in mehreren Kommentaren nach Donald Trumps Amtseinführung im Januar dieses Jahres ernst gemeinte Frage, ob wir mit Trump einen neuen Nixon erleben werden?

Bevor wir uns von Trumps Präsidentschaft in dem bisher knapp einem Jahr seit Amtsantritt widmen werden, möchte ich mich für diesen vorzunehmenden Vergleich mit der Entwicklung der Präsidentschaft zu einer „*imperialen*“ Präsidentschaft widmen, die dann in dem münden sollte, was sich in der Zeit von Richard Nixon im Weißen Haus abspielte.

Im Anschluss daran(!) werden wir dann schauen, ob der Vergleich mit Trump gerechtfertigt ist.

Da wir heute nur 90 Minuten zur Verfügung haben, wird es naturgemäß – und so ist dieser Vortrag heute Abend auch geplant - ein kleiner Einblick in die Entwicklungsgeschichte der US-Präsidentschaft sein können. Wer aufgrund dieses heutigen Einblicks noch mehr über die Entwicklung wissen möchte, kann dies bei dem am 8. Dezember beginnenden Seminar tun!

Der Weg zur „*Imperial Presidency*“!

Schaut man auf die Entstehungsgeschichte der amerikanischen Verfassung und dabei auf die Konstruktion der amerikanischen Präsidentschaft bis in die Zeit der Debatten um die Ratifizierung dieser Verfassung zurück, dann fällt einem die Stellungnahme des späteren Finanzministers unter Präsident **George Washington, Alexander Hamilton**, zu der besonderen Stellung des Präsidenten auf, die dieser unter dem Pseudonym „*Publius*“ in dem Artikel Nr. 70 zu finden ist, der zu den berühmten „*Federalist Papers*“ zählt. Unter der Überschrift „*Um der Tatkraft willen muß die Exekutive aus einem einzelnen Mann bestehen*“ schrieb Hamilton:

„Die Faktoren, die für eine tatkräftige Exekutive konstitutiv sind, sind: Einheitlichkeit, hinreichende Amtsdauer, eine angemessene Vorsorge für ihren Lebensunterhalt und ausreichende Befugnisse. (...)

Daß die Einheitlichkeit der Exekutivgewalt der Tatkraft förderlich ist, wird wohl kaum bestritten werden. Entschlossenheit, Rührigkeit, Verschwiegenheit und rasche Erledigung anstehender Aufgaben werden im allgemeinen die Verfahrensweisen eines einzelnen Mannes in sehr höherem Maße kennzeichnen als die irgendeiner größeren Zahl von Menschen. Im Verhältnis dazu, wie deren Anzahl wächst, werden diese Eigenschaften schwinden.“²

Und tatsächlich sollte es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gerade einmal eine Steigerung von anfänglich zwei (1789-1849) auf insgesamt fünf Ministerien (1849-1913) geben, die den Präsidenten in seiner Arbeit fachlich unterstützten:

Department of State	1789
Department of The Treasury	1789

Dept. of Interior	1849

² Die Federalist Papers, hrsg. und bearbeitet von Barbara Zehnpfennig, Darmstadt: 1993, Fed Pap. Nr. 70, S. 415-423, hier: S. 416

Dept. of Justice	1870
Dept. of Agriculture	1889

Vor allem nach der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert - mit dem Eintritt in die Weltpolitik, mit der fortschreitenden Industrialisierung und Technisierung von Gesellschaft und Wirtschaft nahm die Anzahl der Ministerien immer mehr zu; die Administrationen in dieser Zeit wuchsen.

Eine besondere Stärkung von präsidentiellen Kompetenzen sollte vor allem in der Zeit zwischen 1933 und 1945 unter Franklin D. Roosevelt das politische System der Vereinigten Staaten erfahren, da Roosevelt, wie Schlesinger es so schön beschreibt, die Präsidentschaft vor allem im außenpolitischen Kompetenzbereich wiederbelebte.

Der wichtigste Schritt in diese Richtung wurde 1939 mit dem sog. „*Reorganization Act*“ vollzogen. Dieses Gesetz beauftragte Franklin D. Roosevelt die Struktur seiner Administration zu reorganisieren, was konkret bedeutete, dass er das *Executive Office of the President (EOP)* einrichtete, dessen zentrale Ämter das *White House Office* und das *Bureau of the Budget* (heute: *Office of Management and Budget -OMB*) wurden. Dieses Gesetz war die Grundlage für den weiteren Ausbau der US-amerikanischen Präsidentschaft zu einer „*imperial presidency*“, was sich durch einen

Kompetenzvorsprung der Administrationen gegenüber dem Kongress zeigte, da den beiden Kammern des Parlaments keine vergleichbaren Einrichtungen zur Verfügung standen.

1947 wurde das EOP durch den „*National Security Act*“ um zwei weitere wichtige Behörden ergänzt. Einmal wurde im Rahmen dieses Gesetzes das *National Security Council (NSC)* gegründet, das eigentlich ein „*kollegiales Entscheidungsgremium aller wichtigen Funktionsträger zur Integration von Innen-, Außen- und Militärpolitik*“ sein sollte³. Im Laufe seines Bestehens wurde das NSC zu einem persönlichen Führungsinstrument der verschiedenen Präsidenten. Folgerichtig wurde der NSC-Direktor mehr und mehr zum politischen Akteur, als nur zu einem „*Vorsteher eines Koordinationsbüros*“. Spätestens seit J.F. Kennedy wurden die Direktoren des NSC zu politischen Akteuren (McGeorge Bundy, Henry A. Kissinger und Zbigniew Brzezinski)⁴, aber auch General Brent Scowcroft und Condoleezza Rice.

Auch im Rahmen des National Security Act wurde eine andere Behörde gegründet, die *Central Intelligence Agency (CIA)*. Die Aufgabe dieser wohl bekanntesten US-

³ vgl. Jürgen Wilzewski, Passivität, Mitsprache oder Dominanz? Der Kongress und die imperiale Präsidentschaft nach 1945, S. 75/76, in: Matthias Dembinski/Peter Rudolf u.a.(Hrsg.); Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-Westkonflikt, Baden-Baden 1994

⁴ vgl. ebda., S. 76

amerikanischen Regierungsbehörde war laut den Buchstaben des Gesetzes nur die Sammlung und Interpretation von Informationen und die Koordinierung der für die Auslandsaufklärung geschaffenen Nachrichtendienste. Demgegenüber entwickelte sich die CIA zu einem „*Instrument verdeckter operativer Politik*“.⁵ Die CIA trug so nicht unwesentlich zu der weiteren Ausweitung der „*imperial presidency*“ bei, was dann noch 1949 vom Congress dadurch verstärkt wurde, dass die CIA durch den *Central Intelligence Act* von jeglicher Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit entbunden wurde⁶. Die „*institutionelle Dominanz*“ des Präsidenten -was eine andere Formulierung für „*imperial presidency*“ sein soll- ist vor allem auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zu finden, was bei Richard M. Nixon besonders gut zu beobachten ist.

Aaron B. Wildavsky zieht in seiner Arbeit aus dem Jahr 1966 aus dieser Beobachtung den Schluss, dass es in den USA „*zwei Präsidentschaften*“ gäbe. Anhand von Untersuchungen des Abstimmungsverhaltens im Congress im Zeitraum von 1948 bis 1964 stellt Wildavsky fest, dass die Präsidenten (Harry S. Truman, Dwight D. Eisenhower und John F.

⁵ vgl. ebda., S. 77

⁶ vgl. ebda., S. 77/78

Kennedy) sich in etwa 70% der Abstimmungen in der Außenpolitik, aber nur in 40% der Abstimmungen in der Innenpolitik mit ihrer Position durchsetzen konnten⁷. Aus der Differenz von 30% zwischen diesen beiden Politikfeldern schließt Wildavsky, dass dem Präsidenten in der Außenpolitik eine größere Selbständigkeit vom Senat gewährt wird. Die hohe Durchsetzungsquote der präsidentialen Außen- und Sicherheitspolitik im Congress hat verschiedene Ursachen. Neben der schon erwähnten „*imperial presidency*“, deren Entwicklung von Seiten der Exekutive ausging, gibt es auch hausgemachte Gründe für die hohe Zustimmung des Kongresses zur Außenpolitik, was stellenweise zur Unterordnung der Legislative unter die Exekutive im Bereich der „*Entwicklung der Politik*“ führte.⁸ Bis in die Zeit des Vietnamkrieges in den 60er Jahren wurde die Außenpolitik im Congress von einer kleinen Gruppe „*autokratischer*“ Ausschussvorsitzender getroffen.⁹ Diese Machtkonzentration im Congress wurde durch drei Faktoren begünstigt.

Zum einen wurde die beherrschende Position der Ausschussvorsitzenden durch eine relativ schwache

⁷ vgl. Wilzewski, a.a.O., S. 79

⁸ vgl. J. William Fulbright; Die Arroganz der Macht, Hamburg 1967, S. 51

⁹ vgl. Wilzewski, a.a.O., S. 82

Parteiführung begründet, was eine Folge der Revolte des Repräsentantenhauses Anfang des 20. Jahrhunderts gegen Joseph Cannon (Speaker von 1910/11) war, dessen Führungsstil von den meisten Repräsentanten als diktatorisch empfunden wurde. Ein zweiter Faktor für die Machtkonzentration ist die Reduzierung der Zahl der ständigen Ausschüsse im Senat von 33 auf 15 und im „*House*“ von 48 auf 19, was eine Folge des *Legislative Reorganization Act* von 1946 ist. Und drittens hat das Senioritätssystem auch einen entscheidenden Anteil an der autokratischen Ausschussführung mancher Vorsitzender. Durch dieses System kamen Politiker in Führungspositionen, die sich ihrer Wiederwahl sicher sein konnten. Das begünstigte traditionell die konservativen Südstaatendemokraten, die mit den Demokraten des Mittleren Westens und den Republikanern eine konservative Koalition bildeten, die den außen- und sicherheitspolitischen Kurs der jeweiligen Administration in der Regel unterstützten.¹⁰

Zur Illustration dieses Verhältnisses zwischen Administration und Kongressausschüssen sei hier ein Zitat von Thomas Morgan (Demokrat aus Georgia.), einem ehemaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des

¹⁰ vgl. ebda., S. 83

„*House*“, erwähnt, dass aus dem Bereich des Sports kommt. Morgan verglich sich mit dem „*Quarterback*“ beim American Football und den Präsidenten mit dem Trainer, dem sich der Ausschuß in allen außenpolitischen Fragen unterzuordnen habe¹¹ Der Abgeordnete Carl Vinson, Demokrat/Georgia und Vorsitzender des Streitkräfteausschusses im „*House*“ brachte seine Auffassung über das legislativ-exekutivische Zusammenspiel auf folgenden Punkt: Nicht der Kongress, sondern die „*Militärs sollten militärische Entscheidungen treffen*“¹². In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass sich der eben beschriebene Streitkräfteausschuss unter der Führung von Carl Vinson und der senatorische Gegenpart unter der Führung von Richard Russell, Demokrat/Georgia vor allem als „*Liegenschaftsausschüsse*“ verstanden, die sich auf den Bau von militärischen Einrichtungen in ihren Wahlkreisen konzentrierten, aber die Politikformulierung der Administration überließen. Folgerichtig wurden aus dieser Einstellung heraus die Anträge des Pentagons auf Freisetzung von finanziellen Mitteln bis zum Ende der 50er Jahre zu nahezu 98% blanko erfüllt.¹³ Hinzu kam, dass die Streitkräfteausschüsse über keine ständigen Unterausschüsse

¹¹ vgl. Wilzewski, a.a.O., S. 83

¹² vgl. ebda., S. 83

¹³ vgl. ebda., S. 83/84

verfügten, was bedeutete, dass anstehende Entscheidungen oftmals zwischen dem Ausschussvorsitzenden und den dienstältesten Mitgliedern dieses Ausschusses getroffen wurden.

Diese innerkongressionalen Strukturen begünstigten die Position des Präsidenten, da er seine Politik dementsprechend nur mit wenigen Akteuren im Congress abzustimmen brauchte. Und diese wenigen politischen Akteure waren nicht interessiert, die Führungsposition des Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik in irgendeiner Weise anzutasten.

Vor diesem Hintergrund muss man die Watergate-Affäre betrachten, die Anfang der 70er Jahre die USA heimsuchte. Und vor diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, dass Watergate und Vietnam zeitlich so dicht beieinander liegen.

So hat **Gebhard Schweigler** Recht, wenn er in seinem Buch „*Von Kissinger zu Carter*“ die These aufstellt, dass im Grunde die ganze Watergate-Affäre mit dem Vietnamkrieg, den Nixon von **Lyndon B. Johnson**, Demokrat, „*geerbt*“ hat, seinen Anfang nahm.¹⁴ Der Vietnamkrieg allein kann andererseits nicht der Grund für Watergate sein, da bei allen

¹⁴ vgl. Gebhard Schweigler; Von Kissinger zu Carter Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bonn, Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft Band 47, München/Wien 1982, S. 121 ff.

vorhergehenden Kriegen, in die die USA involviert waren, derartige innenpolitische Vorgänge nicht abliefen (zweiter Weltkrieg, Korea seien hier als Beispiele genannt).

Und so liegen die Gründe für diese Affäre noch tiefer. Die Gründe, weshalb sich aus Vietnam Watergate ergeben hat, sind vier Motive:

Erstens ist hier die zunehmende Isolation Nixons und auch Kissingers von ihrer politischen Umwelt zu nennen.

Zweitens versuchte Richard Nixon seine politische Umgebung mit allen Mitteln zu kontrollieren.

Drittens hatte er das Bedürfnis mit einem triumphalen Ergebnis 1972 als erfolgreichster Präsident der USA wiedergewählt zu werden¹⁵, was mit dem vierten und letzten Punkt zusammenhängt.

Viertens gab es eine wechselseitige Ablehnung zwischen ihm und dem politischen Establishment und die Tatsache, dass Nixon mit den Medien seit seiner Mitgliedschaft im Ausschuss für unamerikanische Umtriebe in der McCarthy Ära in keinem guten Verhältnis lebte.¹⁶

Warum Watergate indirekt durch Vietnam entstanden ist, soll nun kurz erklärt werden. Der Vietnamkrieg wurde seit

¹⁵ vgl. ebda., S. 135

¹⁶ vgl. Henry A. Kissinger; Memoiren Band III (1972-73), München 1981, S. 1859

seinem Beginn unter Lyndon B. Johnson vom Kongress bewilligt, obwohl es nie einen formell erklärten Krieg gab (Artikel I, Section 8, US-Verfassung).

Die Bewilligung der Haushaltsmittel durch den Kongress diente sowohl Johnson als auch Nixon als Rechtfertigung, den Krieg immer intensiver zu führen. Außerdem konnte sich Johnson und Nixon auf die 1964 vom Kongress verabschiedete „*Gulf-of-Tonkin*“-Resolution berufen, die aber rechtlich eine Kriegserklärung nicht ersetzen konnte.

Am 05.August 1964 trat LBJ mit der Bitte an den Congress heran, eine Resolution zu verabschieden, die dem Präsidenten im südasiatischen Raum Handlungsspielraum „*ein schließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt*“ geben sollte, nachdem nach Berichten der US-Zerstörer Maddox und ein anderer Zerstörer C. Turner Joy von nordvietnamesischen Torpedobooten angegriffen worden waren.¹⁷

Am 06.August 1964 tagte der Außenpolitische Senatsausschuss und der Streitkräfteausschuss, die nach vorhergehenden Anhörungen die Resolution mit nur einer Gegenstimme billigten. Am nächsten Tag nahmen beide Häuser des Kongresses die EntschlieÙung an -der Senat mit 88

¹⁷ vgl. J. William Fulbright; a.a.O., S. 54

zu zwei Stimmen; das „*House*“ mit 416 zu null Stimmen.¹⁸ Dieser „*Blankoscheck*“ für die Regierung Johnson, wie J. William Fulbright es in seinem Buch *Die Arroganz der Macht* nennt, diente Johnson und auch Nixon als Rechtfertigung für das weitere Vorgehen im Vietnamkrieg. In diesen ersten Jahren des Krieges versuchte der Kongress nicht, diesen Krieg zu beenden, da man erstens noch von der Richtigkeit dieser „*Mission*“ überzeugt war und sich zweitens in den Jahren des Kalten Krieges eine „*Mentalität der Unterstützung des Präsidenten um jeden Preis*“ im Kongress festgesetzt hatte.¹⁹

Der Kongress gab so seine außenpolitische Kontrollfunktion zugunsten einer größeren Handlungsfreiheit des Präsidenten ab, was auch damit korrespondiert, dass dem Kongress keine vergleichbare Kompetenz in Form von Beraterstäben zur Verfügung stand wie dem Präsidenten. Außerdem war -wie schon erwähnt- die Struktur des Kongresses Mitte der 60er Jahre so verkrustet, dass einige wenige konservative Senatoren -vornehmlich aus den Reihen der Südstaatendemokraten („*Dixiecrats*“)- die Politik unter

¹⁸ vgl. ebda., S. 54

¹⁹ vgl. Schweigler; a.a.O., S.125

sich ausmachten und sich durch die schon erwähnte *seniority rule* parlamentarische Macht verschaffen konnten.

So ist es am Beginn der Nixon-Präsidentschaft 1969 einigen liberalen Abgeordneten zu verdanken, dass nun Bemühungen zur Beendigung des Vietnamkrieges von Seiten der Administration unternommen wurden. Das Aufbegehren des Kongresses fand in einigen Maßnahmen seinen Ausdruck.

Erstens wurde vom Congress jegliche Verwendung von Haushaltsmitteln für Einsätze in Kambodscha und Laos untersagt, woran sich Nixon allerdings nicht hielt.

Zweitens wurde eine Kürzung der Mittel für den Vietnamkrieg angedroht.

Drittens wurde die „*Gulf-of-Tonkin*“-Resolution widerrufen, was auf Nixon wenig Eindruck machte, da für ihn die verfassungsmäßige Rolle als Oberbefehlshaber der Streitkräfte Legitimation genug war, den Krieg fortzuführen.²⁰

Das Problem des Kongresses mit Richard Nixon im Punkt der Kriegsführung war aber letzten Endes nur die „*Spitze eines Eisberges*“; das eigentliche Problem war die Kontrolle der „*imperial presidency*“. Die Fülle an innen- und außenpolitischer Macht, die die Präsidentschaft im Laufe der Zeit gewonnen hatte, lief nach vielerlei Meinungen in den

²⁰ vgl. Schweigler; a.a.O., S. 126

USA zur damaligen Zeit den Intentionen der Verfassung und der Gründerväter („*Founding Fathers*“) zuwider.

Während von Seiten der Exekutive – vor allem seit Franklin D. Roosevelt- für den Machtzuwachs mit dem Hinweis argumentiert wurde, ohne eine gewisse Machtfülle käme die Regierungstätigkeit in den USA zum Erliegen, konnte der Kongress nur auf offene Formulierungen der Verfassung zurückgreifen und seine und die der *Founding Fathers* Furcht vor einer Korruption durch unkontrollierten Machtzuwachs ausdrücken. Dass sich der Congress nun auf seine wichtigste Funktion besann -nämlich die Kontrolle der Exekutive-, wurde durch einen Stimmungswandel in der US-amerikanischen Öffentlichkeit gefördert.

Der Regierung Nixon entglitt die Unterstützung durch die Bevölkerung, weil diese erstens über den Bruch des Versprechens zur Beendigung des Krieges enttäuscht und weil sie zweitens über die hohen Kriegskosten -auch gerade an Menschenleben- sehr beunruhigt war.²¹

Gerade die stärker wahrgenommene Kontrollfunktion von Seiten des Kongresses zu Beginn der Nixon-Administration kann ein Auslöser dafür gewesen sein, dass

²¹ vgl. Schweigler; a.a.O., S.127 (Der Vietnamkrieg war nach dem Bürgerkrieg von 1861-65 wohl der verlustreichste in der US-amerikanischen Geschichte. Nicht einmal der zweite Weltkrieg hat den USA einen derart hohen Blutzoll abverlangt.

Nixon seine Außenpolitik zur Beendigung des Krieges geheim halten wollte, da er glaubte, dass das politische Establishment -personifiziert im Kongress- seine Außenpolitik nicht mittragen würde, da „es“ ihn verachte, so wie er „es“ verachte.²² Die Befürchtung der Ablehnung seiner Außenpolitik sah Nixon als eine Gefahr für die nationale Sicherheit an, was auch nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Um nicht seine Außenpolitik und deren Ergebnisse zu gefährden, griff Nixon im Laufe seiner ersten Amtszeit als Präsident immer häufiger zu schon nicht mehr legalen Mitteln, die die Lücken („leaks“) in der Administration schließen sollten, damit keine unautorisierten Informationen an die Presse gelangen konnten. Die schon seit Franklin D. Roosevelt einsetzende Entwicklung zur „*imperial presidency*“ führte zu einer Machtkonzentration im Weißen Haus, die wiederum einen Automatismus in Gang setzte, der im Watergate-Vorfall mündete und für lange Zeit noch als nationaler Alptraum nachwirkte.

Zum Ende dieses Vortrags zu Nixon ist noch einmal kurz zusammenzufassen, was die Essenz der Bearbeitung dieses Teils des Themas ist. Es stellt sich als erstes die Frage, was war Watergate nun eigentlich? War es, wie eingangs erwähnt,

²² vgl. Kissinger; a.a.O., S. 1859

eine Verfassungskrise oder „*nur*“ eine Vertrauenskrise? Es war ganz sicher nicht nur ein Einbruch. Dieser war letztlich nur der Auslöser für das, was nach 1972 noch folgen sollte. Der Meinung von *Theodore C. Sorensen* sich anzuschließen, diese Affäre wäre eine Verfassungskrise, die aus dem Versuch Nixons entstanden ist, das Regierungssystem der USA umzustürzen, wäre fatal, weil man damit Richard Nixon unterstellen würde, er hätte es darauf abgesehen, diktatorisch zu regieren. Denn Nixon stand nicht weniger auf dem Boden der US-Verfassung als alle Präsidenten vor und nach ihm. Weshalb kam es dann doch zu Watergate, einer Vertrauenskrise in das politische System der USA?

Es kam deshalb zu dieser Krise, weil Nixon erstens innerhalb der Exekutive auf gewachsene Strukturen der *imperial presidency* zurückgreifen konnte, die es ihm erlaubten, eine vom Kongress unabhängige Außenpolitik (Vietnam) zu führen. Als nun zweitens der Kongress sich wieder seiner Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive bewusst wurde und so Nixons Vietnampolitik stören wollte, reagierte dieser mit Geheimhaltung, um den Erfolg seiner Politik nicht zu gefährden, indem er den Fehler machte, sich illegaler Mittel zu bedienen, die ihm zum Nachteil gereichen

sollten. Welches Motiv hatte er sich sogar illegaler Mittel zu bedienen?

Hier gelangt man beim dritten Erklärungspunkt an. Nixon war seit Beginn seiner politischen Laufbahn von der Presse nicht sonderlich gut behandelt worden, was sich vor allem nach seiner Mitgliedschaft im Kongressausschuß für unamerikanische Umtriebe in der McCarthy-Ära verstärkte. Aus diesem Grund verspürte Nixon den Zwang, seine Politik geheim zu halten, da er sich nicht der Unterstützung durch die Öffentlichkeit sicher war. Dass sich Nixon nicht der öffentlichen und sicher auch nicht der kongressionalen Zustimmung sicher war, lässt sich viertens auch aus der Tatsache erklären, dass eine Beziehung der gegenseitigen Verachtung zwischen ihm und dem *Eastern Establishment* bestand.

Dazu führt Kissinger in seinen Memoiren aus:

"(...)Verachtet vom Establishment, schwankend in seinen Wertvorstellungen, hatte er sich den Sinn für die nationale Ehre und Verantwortung bewahrt (...). Was wäre geschehen, wenn das Establishment, das er so ablehnte, ihm einige Zuneigung entgegengebracht hätte? Hätte er sich

*noch tiefer in seine Ressentiments vergraben, oder wäre es ihm möglich gewesen, sich zu befreien?*²³ (...)"

Nixon wollte sicher nie die Regierungsform der USA ändern, wie es ihm *Theodore C. Sorensen* unterstellte; es fehlte ihm einzig und allein an Gespür, wo die Macht des Präsidenten endete und wo er bei der Wahl seiner Mittel ins Illegale abrutschte. Neben der verständlicherweise kurzfristigen Schwächung der Präsidentschaft zur Zeit Nixons, als die Affäre aufgearbeitet werden musste, ist die langfristige Schwächung gravierender, da sie im Grunde ihre Auswirkungen bis heute hat und zeigt. Der Kongress ist erstarkt, besinnt sich wieder mehr auf seine Kontrollfunktionen und hat eine Gegenbürokratie aufgebaut, die dem Präsidenten selbst in der Außenpolitik nicht mehr freie Hand lässt.

So ist es für Nixons Nachfolger schwieriger gegen eine erstarkte Legislative zu regieren, wie einige Beispiele gezeigt haben bzw. zeigen. Und gerade das sieht man u.a. am Beispiel Donald Trumps, dem derzeitigen 45. US-Präsidenten.

Die Nachrichten, die seit dem – sicher für viele – bis heute unglaublichen Amtsantritt eines in politischen Dingen unerfahrenen „*Business Man*“ am 20. Januar dieses Jahres,

²³ vgl. Kissinger; a.a.O., S. 1859

fast täglich in den Fernsehnachrichten, aber zumindest in den Tageszeitungen hierzulande erscheinen, lassen möglicherweise eine solche Verbindung, eine Parallele zwischen Trump und Nixon erahnen.

Vor allem sein Verhalten gegenüber dem ehemaligen Sonderermittler Comey, dem Vorgänger von Robert Muller, in Sachen Rußland-Affäre, zeigt ähnliche Züge wie Nixons Verhalten in der sog. Watergate-Affäre.

Dennoch ist gerade das, was Trump mit seinen Anwürfen vor allem gegenüber der Presse sich leistet, indem er sie als „*Volksfeinde*“ bezeichnet, eine ganz andere Qualität als Richard Nixons Verhalten während seiner Präsidentschaft.

Etwas sollte zur Ehrenrettung Nixons auch nicht vergessen werden: er war ein tragischer Präsident, dem das innenpolitische Vorgehen in den Abgrund riss, während er außenpolitisch zusammen mit Henry Kissinger nicht nur bei der Beendigung des Vietnam-Krieges für sein Land, sondern auch in Hinsicht auf die Öffnung Chinas und die Entspannung mit Moskau Großes geleistet hat.

Dagegen ist von Trump, wie Stephan Bierling, Ordinarius für Internationale Politik an der Universität Regensburg, es in seinem FAZ-Artikel vom 13. November dieses Jahres schreibt, nicht viel zu erwarten:

„Obwohl ein Präsident in der Außenpolitik über weitreichende Vollmachten verfügt, kann er einen radikalen Kurswechsel nur dann vollziehen, wenn er seine wichtigste Waffe einsetzt: die Macht der Überzeugung. Trump hat sich als erbärmlicher Verkäufer seiner eigenen Revolution entpuppt. Der Kongress korrigiert seine Anbiederung an Rußland, Gerichte setzen seine Einwanderungserlasse außer Kraft, Bundesstaaten und Großstädte bekennen sich zu den Pariser Klimazielen. Die außenpolitischen Debatten in der Regierung dominieren jetzt sein Sicherheitsberater H.R. McMaster, Verteidigungsminister James Mattis und Stabschef John Kelly: drei erfahrene Generäle und erklärte Internationalisten. Zwei wichtige Verfechter von Trumps nationalistischer Agenda, der kremlfreundliche Sicherheitsberater Michael Flynn und der interventionsfeindliche Chefstrategen Steve Bannon, haben den Machtkampf verloren und die Regierung verlassen.“²⁴

²⁴ Stephan Bierling; Die Revolution findet nicht statt, in: FAZ vom 13. November 2017, S. 6